

5. Genehmigung des Vorvertrags zum Kaufvertrag zwischen dem Kanton St. Gallen und dem Kanton Thurgau betreffend Erwerb von zwei Liegenschaften durch den Kanton Thurgau und Ermächtigung zur Weiterveräusserung der Parzellen im Rahmen des Gesamtvorhabens WILWEST sowie über die Bewilligung eines Verpflichtungskredits von Fr. 600'000 als Nachtrag zum Budget 2025 (24/BS 5/70)

Eintreten

Präsident: Den Kommissionsbericht zu diesem Geschäft haben Sie vorgängig erhalten. Das Wort hat zuerst die Kommissionspräsidentin, Kantonsrätin Cornelia Hasler-Roost, für ihre einleitenden Bemerkungen zum Eintreten.

Kommissionspräsidentin Cornelia Hasler-Roost, FDP: Die Spezialkommission WILWEST hat im Rahmen der Vorberatung zum Grundstücksgeschäft WILWEST zwei Sitzungen durchgeführt. Die Mitglieder anerkennen die strategische Bedeutung des Projekts WILWEST für die künftige Entwicklung der Region im Bereich Mobilität, Wirtschaft und Lebensqualität. Die Grundhaltung gegenüber dem Projekt war in der Kommission positiv und wohlwollend. Im Zentrum der Beratungen standen die Rahmenbedingungen des Projekts, insbesondere mit Blick auf verkehrliche Erschliessung, Wirtschaftlichkeit sowie regionale Entwicklung. Vertieft diskutiert wurden dabei unter anderem der geplante Autobahnanschluss, die künftige Nutzung verschiedener Flächen, der Einbezug der Bevölkerung, die Finanzierung des Geschäftes sowie die Auswirkungen auf die Region. Das Thema Verkehr wurde umfassend beleuchtet, sowohl im Hinblick auf motorisierten Individualverkehr als auch auf den öffentlichen Verkehr und den Langsamverkehr. Die Kommission stellte fest, dass trotz einer gewissen Planungsunsicherheit auf Seiten des Kantons St. Gallen Vorarbeiten erforderlich sind, insbesondere aufgrund der vom Bund vorgegebenen Fristen. Die Regierung hat dabei versichert, dass bis zu einer definitiven Entscheidung ausschliesslich zwingend notwendige Arbeiten erfolgen und finanziert werden. Die offenen Fragen wurden durch die Regierung plausibel beantwortet. Als spezielles Ereignis nahm an der Sitzung auch der zuständige Regierungsrat aus dem Kanton St. Gallen, Beat Tinner, teil. Er beantwortete vor allem Fragen in Bezug auf das Verhalten im Kanton St. Gallen. Ein zentraler Punkt bei beiden Regierungsvertretern war die gegenseitige Absicht, Verhandlungen partnerschaftlich auf Augenhöhe zu führen und faire Lösungen für beide Kantone anzustreben. Für den Kanton Thurgau steht nicht das quantitative Wachstum der Region im Vordergrund, sondern die zukunftsgerichtete Entwicklung der Region. Ziel ist es, attraktive Rahmenbedingungen zu schaffen, die es der Bevölkerung ermöglichen, in der Region zu wohnen, zu arbeiten: ein wirksames Mittel gegen den Braindrain. Die Kantone Thurgau und St. Gallen legen grossen Wert auf die sorgfältige Auswahl der Investoren. Neben dem Preis sollen insbesondere qualitative Kri-

terien den Ausschlag geben. Das Eintreten war unbestritten. Die Kommission beschloss, mit 14:0 Stimmen bei 1 Enthaltung auf das Geschäft einzutreten.

Edith Wohlfender-Oertig, SP und Gew.: WILWEST soll ein Leuchtturm für die Ostschweizer Wirtschaft werden. Dies prognostizieren die Thurgauer und St. Galler Behörden und stellen die positiven Aspekte in einer umfassenden Werbebroschüre ausführlich dar. In der Debatte um das regionale Vorzeigeprojekt soll nichts mehr schiefgehen, denn ein Auf und Ab ging diesem Mammutvorhaben voran. Nun soll der Thurgau den Weg für ein nachhaltig gestaltetes WILWEST ebnen. Gibt es noch Fragezeichen nach dem lauten Werbetrommeln? Die Fraktion SP und Gewerkschaften steht grossmehrheitlich hinter diesem regionalen Wirtschaftsförderungsprojekt durch den Kanton. Wir unterstützen den Willen zur Ansiedlung zukunftsorientierter Firmen mit hochqualifizierten Arbeitsplätzen. Wir unterstützen die Bauauflagen in Hinsicht auf die ökologischen Aspekte sowie die optimale Nutzung des Innovationsparkes. Wir unterstützen die Anbindung an den ÖV mit der Erstellung von zwei neuen Haltestellen und einer Verknappung der Parkplätze im Areal sowie die Auflagen für den Langsamverkehr. Wir unterstützen die Ausgleichsflächen für das verlorengehende Landwirtschaftsland. Wir unterstützen die Förderung des wohnortnahen Arbeitens. Aber: Ein Leuchtturm wirft auch Schatten oder blinkt, so wie diese Lampe da oben. Nämlich: WILWEST wird 20 Jahre zu spät realisiert, weil der Siedlungsdruck aus dem Mittelland in den letzten Jahren die Region Wil erreicht hat. Fast in jedem umliegenden Dorf und Weiler sind Gewerbe- oder grosse Industriebetriebe angesiedelt. Der zweite Punkt: Die hehre Absicht, mit WILWEST hochqualifizierte Arbeitsplätze zu schaffen, ist nicht mehr als ein Bestreben der Regierung. Der gesuchte Investor hat zwar Bauauflagen, aber der Markt wird die Ansiedlung der Firmen regeln. Allein bleibt die Hoffnung, dass die Versprechen hochqualifizierter, attraktiver Arbeitsplätze in der Region Wirklichkeit werden. Drittens: Im Schattenwurf des Leuchtturms ist auch generell der Verkauf von Land zu orten. Uns wäre wichtig, dass der Landkäufer oder Investor nicht aus Übersee kommt. Wir wollen keinen Ausverkauf der Heimat. Wir bedauern, dass die Vergabe des Landes im Baurecht nicht in Betracht gezogen wurde. Viertens: Im Gesamtprojekt wird hauptsächlich von attraktiven Arbeitsplätzen geredet. Wer genau hinschaut, sieht aber, dass das zentrale Element der Autobahnanschluss Wil West ist und der Thurgau damit das Verkehrsproblem der Stadt Wil lösen soll. Fünftens ist eine Binsenwahrheit: Wer Strassen baut, erntet Verkehr. Der Autobahnanschluss Wil West bringt vielen Thurgauer Dörfern massiven Mehrverkehr. Sechstens: Die Thurgauer Regierung lässt im Gesamtprojekt die Chance aus, eine S-Bahn-Haltestelle in Rickenbach TG einzuplanen. Siebtens: Ungewöhnlich ist, dass der Kanton in eine marktverzerrende Rolle springt und die Bereitstellung von Industrieland vorfinanziert, entgegen den bürgerlich vielgepriesenen Regeln der freien Marktwirtschaft. Das Licht des Leuchtturmprojekts ist entfacht, dieses wirft Licht und Schatten. Für die sozialdemokratische Partei ist es eine Güterabwägung. Wir sagen grossmehrheitlich und aber auch verhalten Ja zu

WILWEST und hoffen, dass die Prognosen für attraktive Arbeitsplätze in der Region Thurgau Süd eintreten und wirklich attraktive Arbeitsplätze entstehen. Wir bedauern aber, dass wir damit vielen Menschen an den Verkehrsachsen im Hinterthurgau Mehrverkehr zumuten werden. Zudem werden einige Mitglieder der SP-Fraktion dem anfälligen Antrag zur Volksabstimmung zustimmen.

Alexander Sigg, GLP: Das Projekt WILWEST überzeugt als Gesamtpaket und auch in der Detailbetrachtung. Heute existiert ein riesiger Pendlerstrom aus der Region Wil-Hinterthurgau in Richtung Zürich-Winterthur. Es fehlen genügend Arbeitsplätze in der Region. Mit WILWEST können Firmen neu angesiedelt werden und rund 2'000 bis 3'000 qualifizierte Arbeitsplätze in der Region geschaffen werden. Dies führt zu einer positiven Dynamik und Entwicklung in allen Gemeinden der Region. Aus raumplanerischer Sicht ist die Konzentration der Arbeitsgebiete und der Verzicht auf künftige Einzonungen in den Regio-Gemeinden vorbildlich. Dies zeugt von beispielhafter Zusammenarbeit über die Gemeinde- und im vorliegenden Fall sogar über die Kantonsgrenzen hinaus. Es entstehen so an einem Ort mit bester Verkehrsanbindung konzentrierte und optimal erschlossene Arbeitsgebiete. Der Landverbrauch kann kritisiert werden, würde bei Ablehnung des Projektes jedoch unkoordiniert über die nächsten Jahrzehnte in den einzelnen Gemeinden ebenfalls anfallen. Durch die Kompensation der Fruchtfolgeflächen mit Aufwertungen von Böden in der Region und die überobligatorische Kompensation von Fruchtfolgeflächen durch den Kanton St. Gallen wird der Kritik des Verlustes an landwirtschaftlichen Flächen in hohem Masse Rechnung getragen. Aus verkehrspolitischer Sicht bringt das Projekt mit dem Autobahnanschluss und den vielen weiteren verkehrlichen Massnahmen die langersehnte Entlastung im Raum Wil. Nur mit WILWEST kann der zusätzliche Autobahnanschluss und die Verkehrsentslastung möglich werden. Bei der Planung wurde grosser Wert auf die Nachhaltigkeit gelegt, und das Projekt wurde nach Ablehnung durch die Stimmbürger des Kantons St. Gallen diesbezüglich nochmals verbessert. Nach dem Motto "Simply the best for WILWEST" erfüllt es höchste Nachhaltigkeitsstandards und darf als Leuchtturm der Nachhaltigkeit bezeichnet werden. Mit der sehr guten ÖV-Anbindung, mit den neuen Bahnhaltstellen und durch die limitierten Parkierungsmöglichkeiten für den motorisierten Individualverkehr kann ein für die Ostschweiz beispielhafter Modalsplit gelingen. Natürlich kann man bei einem solch innovativen und grossen Projekt das Haar in der Suppe suchen, und es braucht auch immer Mut, Ja zu so einem grossen Projekt zu sagen. Haben wir diesen Mut, denn es kommt gut in Wil West. Es ist für den Kanton, aber vor allem für die Region eine einmalige Chance, die wahrscheinlich nie wiederkehren wird, wenn wir sie jetzt nicht beim Schopf packen. Allein schon, dass alle Regio-Gemeinden das Projekt unterstützen, ist ein starkes Signal. Es geht beim traktandierten Geschäft um die Genehmigung eines Vorvertrages für das Grundstückgeschäft, ohne welches das Projekt WILWEST nicht realisiert werden kann. Der Vertrag, der Kaufpreis und die Konditionen sind fair. Man kann diesem Vorvertrag

und dem Nachtrag zum Budget aus Sicht der einstimmigen GLP-Fraktion zustimmen. Sollte es zu Anträgen kommen, das Geschäft freiwillig der Volksabstimmung zu unterstellen, werden wir diese ablehnen. Der Grosse Rat sollte seine diesbezüglichen Kompetenzen wahrnehmen und abschliessend über dieses Geschäft entscheiden.

Ulrich Graf, SVP: Ich spreche im Namen der SVP-Fraktion. Über das eigentliche Geschäft ist schon viel debattiert und vorgestellt worden, da halte ich mich jetzt eher kurz. Dazu habe ich beim Eintreten aktuell keine Äusserungen, diese kommen dann in der Diskussion schon noch. Wir diskutieren hier über einen gut abgefassten Vorvertrag zu einem Landkauf für ein ausgereiftes Projekt WILWEST. Die vorberatende Kommission hat die Ziffer 2.4 hinzugefügt, damit die Vorinvestitionen des Kantons mit dem Verkauf an Investoren gedeckt sind, vielleicht sogar Ertrag generieren. Man kann ja träumen. Dazu befinden wir über den Nachtragskredit unter der Beschlussesziffer 3 separat. Hier hat die Fraktion dann eine mehrheitlich ablehnende Haltung. Gerne kündige ich Ihnen auch den Antrag des Fraktionsmitglieds Aline Indergand an. Er betrifft die Beschlussesziffern 1 bis 2, nämlich, diese der Volksabstimmung zu unterbreiten. In diesem Sinne empfehle ich auch von der SVP-Fraktion einstimmiges Eintreten.

Roland Wyss, Die Mitte/EVP: Ich spreche für die Mehrheit der Fraktion Die Mitte/EVP. WILWEST ist ein grosses Projekt, bestehend aus vielen einzelnen Massnahmen. Verkehrstechnisch geht es um einen neuen Autobahnanschluss, welcher durch die Dreibrunnenallee erschlossen wird, um zusätzliche ÖV-Haltestellen sowie um ein umfangreiches Langsamverkehrskonzept für Fussgängerinnen und Velofahrer. All diese Massnahmen sollen zu einer Verkehrsentlastung und Umlagerung in der ganzen Region führen und diese vom Lärm entlasten. Aber es geht auch um die wirtschaftliche Entwicklung der Region, und zwar diesmal etwas anders. Statt dass jede Gemeinde für sich entwickelt, haben sich 22 Gemeinden zusammengeschlossen und auf eine gemeinsame Entwicklung an den Standorten Münchwilen und Sirnach entschieden. Seit der Aufnahme der Strassenverbindung und der Rad- und Fussgängerverbindungen in das Netz der Kantonstrassen und -wege im Jahr 2022 wurde das Projekt weiter optimiert und verbessert. Auf einen schonenden Umgang mit Kulturland sowie dem Ersatz für Fruchtfolgeflächen mit Bodenaufwertungsmassnahmen wurde viel Wert gelegt. Doch darum geht es heute nur bedingt. Heute genehmigen wir den Vorvertrag für den Kauf von zwei Grundstücken und wie das Land wieder verkauft werden soll. Durch den zusätzlichen Antrag in der Beschlussesziffer 2.4 entstehen dem Kanton durch dieses Geschäft keine Kosten. Für die Region bietet es aber eine grosse Entwicklungsmöglichkeit. Dass der Kanton die Entwicklung dieser Grundstücke und somit deren Detailplanung extern, also an eine mögliche Käuferin abgeben will, nehmen wir positiv zur Kenntnis und unterstützen dieses Vorgehen. Kurz gesagt geht es darum, ob wir die Chance nutzen, Land zu erwerben, welches wir im Sinne einer regionalen Entwicklung entwickeln und dann wieder veräus-

sern können. Die Fraktion Die Mitte/EVP stimmt den ergänzenden Anträgen der vorbereitenden Kommission mehrheitlich zu.

Andreas Sigrist, EDU/Aufrecht: Heute beraten wir über ein Grossprojekt, das über ein gewöhnliches Landgeschäft hinausgeht. Gelingt die Umsetzung, kann es für die Region Wil und den Kanton Thurgau ein nachhaltiger Gewinn sein und gleichzeitig aktuelle Herausforderungen entschärfen. So wäre die gebündelte Einzonung ein wichtiger raumplanerischer Schritt gegen die Zersiedelung. Sie ermöglicht eine Konzentration der Gewerbeflächen an Standorten mit bestehender oder geplanter Infrastruktur. Wesentlich sind auch die Verkehrsanschlüsse, insbesondere der direkte Autobahnanschluss und die bessere ÖV-Erschliessung. Diese bringen Erreichbarkeit und Entlastung für die Region. Aber es gibt auch kritische Aspekte. Die demokratische Legitimation ist nicht unproblematisch. Dass der Thurgau das Projekt weiterverfolgt, obwohl es im Kanton St. Gallen abgelehnt wurde, wirft Fragen auf. Auch die finanziellen Risiken sind erheblich. Ein Scheitern, etwa durch ein Referendum oder ausbleibende Investoren, würde bereits jetzt über 9 Mio. Franken an Planungskosten bereiten. WILWEST liegt am Rand unseres Kantons. Damit solche Projekte nicht am politischen Graben zwischen Regionen scheitern, braucht es breite Unterstützung im ganzen Kanton. WILWEST ist ein strategisches Projekt mit grossem Potenzial, aber auch Risiken. Wie soll es weitergehen? Gibt es realistische Alternativen? In den letzten Jahren wurden grosse Ressourcen in Planung und Abklärungen investiert. Können wir es verantworten, das Projekt ohne tragfähige Alternative zu beenden? Zu bedenken ist, das Areal liegt im Thurgau, gehört aber St. Gallen. Ohne unsere Zustimmung geschieht keine Entwicklung. Die Verkehrsentslastung der Region fällt weg. Der Druck auf Neueinzonung steigt, mit Risiken wie Zersiedelung, Emissionen und unkoordinierter Entwicklung. Die Bundesfinanzierung im Rahmen des Agglomerationsprogramms verfällt. Das regionale Zukunftsbild müsste neu gedacht werden, mit ungewissem Zeithorizont. Stimmen wir heute zu, überwinden wir eine weitere wichtige Hürde. Das letzte Wort ist damit aber nicht gesprochen. Der weitere Verlauf liegt nicht in unserer Hand, eine vorschnelle Ablehnung wäre nicht angebracht. Die Fraktion EDU/Aufrecht möchte den eingeschlagenen Weg weiterverfolgen und wird dem Geschäft mehrheitlich zustimmen. Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit.

Manuela Fritschi, FDP: Die FDP-Fraktion steht hinter dem Projekt WILWEST. Wir sprechen hier nicht über ein gewöhnliches Grundstücksgeschäft, sondern über ein zukunftsweisendes Entwicklungsprojekt mit nationaler Strahlkraft. WILWEST ist ein Leuchtturmprojekt für eine koordinierte, nachhaltige und wirtschaftlich tragfähige Arealentwicklung in der Ostschweiz. Dass sich 22 Gemeinden gemeinsam hinter dieses Vorhaben stellen und freiwillig auf Neueinzonungen für Neuansiedlungen von Firmen in ihren eigenen Gebieten verzichten, verdient höchste Anerkennung. Damit wird nicht nur Kulturland geschützt, sondern auch ein klares Zeichen gesetzt für verantwortungsvolle Raumplanung,

vernetzte Mobilität und eine wirtschaftliche Entwicklung, die über Gemeinde- und Kantonsgrenzen hinausdenkt. Der überarbeitete Perimeter, die Einbettung in bestehende Planungsinstrumente, wie den Richtplan und frühere Netzbeschlüsse, sowie die Orientierung am Standard Nachhaltiges Bauen Schweiz (SNBS) zeigen, dass das Projekt ausgereift ist. Es ist durchdacht, breit abgestützt und berücksichtigt die Anliegen, die in der Vergangenheit geäussert wurden. Gleichzeitig gilt: Zukunftsprojekte brauchen auch ökonomische Bodenhaftung. Die Investitionskosten sind beträchtlich. Die FDP-Fraktion erwartet deshalb ein klares Commitment aller Beteiligten, dass diese Kosten mindestens gedeckt werden, sei es über Grundstückeerträge, Rückflüsse oder die gezielte Vermarktung der Flächen. Der Steuerzahler darf kein Zuschussprojekt erwarten. Der Kanton Thurgau soll hier betriebswirtschaftlich handeln und die Wirtschaftlichkeit laufend überprüfen. Innovation ist kein Freipass für Defizite. Wer Pioniergeist beansprucht, muss ihn auch mit wirtschaftlicher Verantwortung unterlegen. WILWEST bietet eine einmalige Chance, hochwertige Arbeitsplätze zu schaffen, Lebensqualität zu sichern und Naturwerte gleichzeitig zu stärken. Es verbindet das Beste aus liberalem Unternehmergeist und weitsichtiger Planungskultur. Die FDP-Fraktion gibt WILWEST mit Überzeugung ihre Zustimmung, verbunden mit dem klaren Auftrag, das Projekt wirtschaftlich effizient zu führen, Rückflüsse sicherzustellen und die Entwicklung kontinuierlich zu evaluieren.

Bernhard Braun, GRÜNE: In Zusammenhang mit dem Projekt WILWEST stehen wir heute einmal mehr vor einer wegweisenden Entscheidung. Nachdem im Jahr 2017 die Richtplanänderung mit der Festsetzung des Entwicklungsschwerpunkts Wil West als kantonale Nutzungszone (KNZ) und im 2022 die Netzbeschlüsse betreffend Dreibrunnentalallee und Fuss- und Radwege in diesem Parlament mit grossem Mehr angenommen wurden, haben wir heute die Gelegenheit, das Vorzeigeprojekt weiter voranzutreiben und ihm endgültig zum Durchbruch zu verhelfen. Mit der Realisierung von WILWEST kann die gesamte Region sowie der Kanton Thurgau und die Region Wil in vielerlei Hinsicht gestärkt werden. Die Schweiz hört nicht östlich von Winterthur auf, zeigen wir uns selbstbewusst. WILWEST ist weit mehr als nur ein Bauvorhaben auf der grünen Wiese, es ist eine Vision für die Zukunft, ein Motor für wirtschaftliches Wachstum, für Innovation und ein Schritt zur Schaffung qualifizierter Arbeitsplätze im Kanton. Dies ist auch eine Chance für unsere Bevölkerung, attraktive Perspektiven direkt vor Ort zu finden und sich beruflich weiterzuentwickeln. Oder wollen wir auch in Zukunft miterleben, wie die Pendlerströme Richtung Zürich weiter zunehmen? WILWEST wird ein attraktiver Standort für Unternehmen und Talente. WILWEST bietet die ideale Plattform für Unternehmen, sich anzusiedeln und zu expandieren. Dies führt zu einer Diversifizierung unserer Wirtschaftsstruktur und einer erhöhten Wertschöpfung im Kanton. Wir schaffen ein attraktives Umfeld für etablierte Betriebe und vielversprechende Start-ups gleichermassen. Mit WILWEST positionieren wir uns als modernen und zukunftsorientierten Kanton mit einer hohen Qualität der Arbeitsumgebung sowie hervorragender Verkehrsinfrastruktur für den

öffentlichen Verkehr, den Langsamverkehr und auch den motorisierten Verkehr. Ohne WILWEST wird es keinen zusätzlichen Autobahnanschluss geben, welcher die Region Hinterthurgau und die Stadt Wil zu entlasten vermag. Der Verkehr wird auch ohne WILWEST wachsen, und die Verkehrsprobleme werden sich weiter akzentuieren. Die bestehenden Autobahnanschlüsse Münchwilen-Sirnach und Wil Ost sowie die Stadt Wil werden dicht vor einem Kollaps stehen. Das Projekt wurde von Anfang an auf Nachhaltigkeit ausgelegt und immer weiterentwickelt. Es werden moderne, energieeffiziente Gebäude entstehen. WILWEST ist somit auch ein Bekenntnis zu einem verantwortungsvollen Umgang mit unserer Umwelt. Die Kompensation der Fruchtfolgeflächen ist gewährleistet. Mit der Konzentration an einem Standort – WILWEST – wird die Zersiedelung in der Region Wil im Bereich Industrie und Gewerbe gestoppt. Die 22 Mitgliedsgemeinden der Regio Wil haben sich in einer Charta dazu verpflichtet, auf neue Einzonungen zu verzichten. Kann WILWEST nicht umgesetzt werden, wird dieses Bekenntnis hinfällig. Der Druck in den Gemeinden zu Neueinzonungen wird zunehmen und damit auch die künftigen Verkehrsbelastungen in den betreffenden Gemeinden. Dies hätte für die gesamte Region negative Auswirkungen. WILWEST ist und bleibt eine einmalige Chance, die wir nicht ungenutzt lassen dürfen und die meines Erachtens schweizweit seinesgleichen sucht. Wir können die Zukunft nicht verhindern, aber wir können sie aktiv mitgestalten und eine erfolgreiche und nachhaltige Entwicklung in unserem Kanton, der betreffenden Region und der Ostschweiz ermöglichen. In dieses Projekt wurden schon viele Millionen Franken investiert, um Verbesserungen zu erzielen. Die Zusammenarbeit zwischen den Kantonen Thurgau und St. Gallen, den beteiligten Gemeinden, Planungs- und Interessengruppen war und ist konstruktiv und getrieben von dem Gedanken, das Beste zu erreichen. Mein Kollege Alexander Sigg hat es schon erwähnt, man wird immer ein Haar in der Suppe finden, wenn man dies nur will. Die GRÜNEN haben sich offen und konstruktiv eingebracht über die ganze Zeit und zählen darauf, dass nebst den Nachbesserungen auch gemachte Versprechen und Aussagen eingehalten und umgesetzt werden. Der Regierungsrat wird ersucht, die flankierenden Massnahmen auf Kantonsgebiet St. Gallen mitzutragen und zu unterstützen. Jetzt habe ich vieles zum Teil wiederholt, was vor mir schon gesagt wurde. Ich bin jedoch der Meinung, dass dies nicht schadet, damit vielleicht auch dem Projekt Nichtwohlgesinnte feststellen, dass WILWEST nötig, nachhaltig, sinnvoll und sehr durchdacht ist. Mit der Zustimmung zur Vorlage sprechen wir allen am Projekt Beteiligten das Vertrauen aus. Die GRÜNE-Fraktion stimmt der Vorlage grossmehrheitlich zu.

Josef Gemperle, Die Mitte/EVP: Ich habe vorgängig zu meinem Votum, in dem ich auch die Ablehnung des Eintretens beantragen werde, noch eine Frage, und zwar hat auch Ratskollege Bernhard Braun mich wieder darauf gebracht: In der Botschaft auf Seite 6 schreibt der Regierungsrat: "Es muss aber schon an dieser Stelle klar festgehalten werden, dass bei einem Scheitern des Geschäfts in einem der beiden Kantone die Areal-

entwicklung in Wil West und damit auch die dahinterstehenden raumpolitischen Zielsetzungen wie auch der Autobahnanschluss 'Wil West' endgültig vom Tisch wären." Diese abschliessende Einschätzung überrascht mich sehr. Einerseits darum, weil wir ja wirklich gesetzliche Grundlagen, in der Verfassung verankerte Bestimmungen haben, die genau dies nicht ermöglichen werden. Andererseits hat das Bundesamt für Raumentwicklung ARE meines Wissens der Regio Wil im Rahmen der Weiterentwicklung des Programmes Agglomerationsverkehr den Auftrag verbindlich erteilt, Alternativen für genau diesen Fall zu erarbeiten. Und ich möchte wissen, wie hier der Stand der Arbeiten ist. Ich gehe jetzt zu meinem Votum und beantrage Ihnen wirklich Ablehnung des Eintretens. Das Projekt WILWEST beschäftigt mich seit vielen Jahren. Zusammen mit einigen wenigen ebenfalls kritischen Kantonsräten, die alle inzwischen nicht mehr im Rat sind, habe ich mich immer wieder mit dem Thema befasst. Wir haben gemeinsam oder auch als Einzelne an den Vernehmlassungen zu WILWEST teilgenommen und konstruktive Vorschläge eingebracht. Alle diese Vorschläge hatten eines gemeinsam: Sie alle wurden regelmässig von den Verantwortlichen der Regio abgelehnt. Schlussendlich sind aber viele der Vorschläge dennoch aufgenommen worden. Warum das? Einfach darum, weil wir aufgrund der Erfahrungen regelmässig unsere Vernehmlassungen, unsere Vorschläge, auch beim Bundesamt für Raumentwicklung ARE deponiert haben und diese dann in der Regel so doch aufgenommen wurden. Und zur Geschichte noch dies: Der Vorgänger von Regierungsrat Dominik Diezi hat bestätigt – und es ist auch heute gesagt worden –, dass das Projekt WILWEST entstanden ist, weil der Bund klargemacht hat, dass der von der Regio Wil geforderte Autobahnanschluss nur so geprüft und allenfalls bewilligt würde. So viel zum Thema, dass sich 22 Gemeinden freiwillig auf den Weg gemacht hätten. Ich bin lange in diesem Rat, habe nie begriffen und verstehe das immer weniger, wie leichtfertig in diesem Rat mit diesem Geschäft umgegangen wird, wie die wenigen kritischen Stimmen immer wieder gemassregelt wurden und die Diskussion über dieses Generationenprojekt immer wieder verhindert wurde. Der flächenmässig sehr grosse und flächenmässig auch zusammenhängende Verlust an Kulturland geht mir persönlich tief unter die Haut. Ich werde im Folgenden die grössten Widersprüche aufzählen. Erstens: Das derart grossflächige Bauen auf der grünen Wiese, grösstenteils gar auf Fruchtfolgeflächen, ist nicht revolutionär und nachhaltig, wie von den hochbezahlten Werbeagenturen angepriesen, sondern wird erst durch den Umstand ermöglicht, dass die grossen Ackerflächen zwischen Wil und Sirnach-Münchwilen dem Kanton St. Gallen gehören. Das entspricht der Praxis von gestern oder vorgestern, bei der im grossen Stil Neuland eingezont wurde, und so wurde ja das Projekt auch zuerst benannt – "Projekt Neuland". Das Projekt WILWEST verschlingt grosse zusammenhängende Flächen, diese sind für immer verloren, und die bis jetzt durch grosse Grün- und Ackerflächen getrennten Gemeinden Wilen, Sirnach, Eschlikon, Rickenbach und Münchwilen werden innert weniger Jahre unwiderruflich mit Wil zu einer Stadt zusammenwachsen. Das verändert unsere Region Hinterthurgau-Wil grundlegend und trotz aller hehren Versprechen von Nachhaltigkeit si-

cherlich nicht positiv. Wer das nicht sieht, sollte zur Weiterbildung einmal eine Velotour auf der Mittellandroute durch die Schweiz unternehmen. Zweitens: Der Bauboom in der Region Hinterthurgau-Wil ist für jedermann sichtbar schon heute so gross wie niemals je zuvor. Das Grossprojekt mit über 30 Hektaren neu überbauter Fläche wird diesen Boom und den entsprechenden Druck auf die Baulandpreise und auf weitere Einzonungen weiter verschärfen. Wer die extremen Auswirkungen schon heute beobachten will, soll bitte einmal einen Spaziergang durch die flächenmässig grösste Gemeinde Fischingen machen, wo derzeit Wohnblock um Wohnblock in die Höhe gezogen wird – Überbauung wie noch nie. Klar, dass demnächst auch die Infrastrukturbauten der Gemeinde markant ausgebaut werden müssen. Die Charta WILWEST wird diese Entwicklung künftig verhindern, so die Befürworter. Das Gegenteil wird Realität werden. Denn die freiwillige Beschränkung der Gemeinden bezieht sich ja nur auf die Arbeitszonen und nur auf neue Firmen, wird immer wieder betont. Es ist so sicher wie das Amen in der Kirche, dass die Gemeinden nach Überbauung des grössten Anteils ihrer jetzigen Bauzonen Neueinzonungen verlangen und auch bekommen werden. Drittens: Das Verkehrsproblem, das schon heute zu unerträglichen Rückstaus auf den Autobahnen und in den Dörfern führt, wird durch diesen Boom weiter markant zunehmen. Entwicklung durch Bauen hat noch nie weniger Verkehr generiert. Im Gegenteil, grossflächiges Einzonieren führt zu immer mehr Verkehr. Ein Auszug aus dem Masterplan WILWEST: "Bedeutsamste Standortvorteile sind die Erschliessung und Verfügbarkeit der unbebauten Areale. Die Lage an der Autobahn zwischen Winterthur und St. Gallen sowie in der Zentrumsentlastung Wil gehört zu den besten in der Region Wil." Viertens: Es wird immer wieder gesagt, die Leute sollen dort arbeiten, wo sie wohnen. Ein weiteres Pro-Argument, das so nicht Wirklichkeit werden wird. Warum? Ganz einfach darum, weil die Leute in der Regel dort arbeiten, wo sie für die gleiche "Büez" am meisten Geld erhalten, solange sie dorthin kommen mit dem ÖV oder eben mit dem ausgebauten MIV (Motorisierter Individualverkehr). Lange war ja auch der Prestigekreis mit dem Autobahnanschluss das zentrale Element des Projektes. Auszug Masterplan: "Direkt ab der Autobahn gelangt man auf einen Boulevard mit einer markanten Allee und zum Aufenthalt einladenden öffentlichen Räumen. Diese Adresse" – an der Autobahn – "wird attraktiv für Firmen, die sich hier kundenwirksam präsentieren möchten." Fünftens: Der grosse Kulturlandverlust wird schöngeredet, indem gar nicht darüber gesprochen wird. Gesprochen wird fokussiert über den Ersatz von Fruchtfolgeflächen, auch heute wieder. Kein Wort darüber, dass der Ersatz von Fruchtfolgeflächen vom Bund vorgeschrieben ist, kein Wort davon, dass dies nicht einen einzigen Quadratmeter Kulturlandverlust verhindert. Bemerkenswert auch hier das Zitat aus dem Masterplan: "Die Hauptinvestitionen, wie der neue Autobahnanschluss, die dadurch notwendige Verlegung der Frauenfeld-Wil-Bahn und der Boulevard sind Bestandteile der übergeordneten Verkehrsinfrastruktur. Diese werden unabhängig von der eigentlichen Gebietsentwicklung erfolgen und voraussichtlich in grossen Teilen nicht dem Grundeigentümer angelastet. [...] Dadurch hat die Regio Wil eine Chance, das Areal des ehema-

ligen Gutsbetriebs der psychiatrischen Klinik in ein 'neuzeitliches Tafelsilber' zu verwandeln, welches zeitnah hervorgerufen werden kann, wenn sie ihre grosse Chance kommen sieht." Das ist Zitat Masterplan. Sechstens: "Nutzungsstrategie Neuland", im Masterplan genau unter diesem Titel beschrieben, wird die Denkweise klar: "Die Ausgangslage für die angestrebte hochwertige Entwicklung ist günstig, jedoch sind die methodischen und fachlichen Anforderungen besonders anspruchsvoll. Im Laufe des Jahres 2012 wurde eine erste Idee für die Entwicklung von Wil West entworfen. Sie heisst Neuland und betritt in vielen Punkten wortwörtlich Neuland." Das ist Originalzitat Masterplan und ich zitiere weiter: "Das eigentliche Entwicklungsgebiet umfasst ca. 20 ha weitestgehend unbebaute Flächen, wobei mit den Arealen in Gloten und Wil die gesamte Standortentwicklung rund 95 ha umfasst." So viel zur Denkweise und Grössenordnung des Projektes und zum Haar in der Suppe. Siebtens wird immer wieder von der Charta WILWEST gesprochen. Es wird suggeriert, 22 Gemeinden im Umfeld von Wil würden freiwillig auf grössere Einzonungen verzichten. Wer Fakten prüft, merkt schnell, dass nicht einmal jetzt in dieser momentanen Phase vor der Abstimmung in den Parlamenten alle Gemeinden dazu bereit sind, die Grundsätze der Charta einzuhalten. Übrigens, in der Einführung zum Masterplan WILWEST schreiben die Verfasser: "Ziel ist es, die Rahmenbedingungen so konkret wie möglich, doch nur so weit verbindlich wie nötig zu umschreiben." Und jetzt hören Sie gut: "Rechtsverbindlich sind keine dieser Vorgaben." Zitat Masterplan! Und etwas weiter: "Der Masterplan basiert auf den Beschlüssen der Regierungen der Kantone St. Gallen und Thurgau zur Arealentwicklung Wil West [...]." Und weiter: "In Absprache mit der Stadt Wil wurde darauf verzichtet, zu ihren im Planungssperimeter liegenden Arealen Konkretisierungen vorzunehmen." Achtens: Eine Überdeckung der Autobahn wird auch in den Werbebroschüren mit dem Hinweis auf den Bund kategorisch ausgeschlossen – zu teuer. Aber im Widerspruch dazu weilt unser neuer Verkehrsminister Albert Rösti fast im Monatsrhythmus schweizweit neue Autobahnüberdeckungen ein. Und er betont jedes Mal den Vorbildcharakter des Projektes. Neuntens: Die Kosten für die Staatskasse sind gross, auch wenn man das mit buchhalterischen Tricksen oder eben der Verbuchung über das Finanzvermögen ausblenden will. Kommt hinzu, dass dieses Projekt ausgerechnet dort realisiert wird, wo der Bauboom in einer wirklich noch nie dagewesenen Form existiert und weiter angeheizt wird. Warum investiert der Kanton Thurgau nicht im Oberthurgau, wo nicht dieser wahnsinnige Bauboom besteht, sondern bei uns in der Region Hinterthurgau-Wil? Es ist klar: Weil eben das Land der Öffentlichkeit gehört und dort im Oberthurgau wohl kein "Projekt Neuland" möglich wäre. Zehntens: Flankierend zum Projekt werden seit Jahren riesige Werbebudgets finanziert – es wurde einmal aufgelistet, es geht um mehrere Millionen Franken teure Werbeagenturen, unter anderem Farner –, statt wirklich dieses Projekt weiter zu verbessern. Ich habe immer an dieses Projekt geglaubt und dass wir es wirklich weiter verbessern können. Man hat alles gemacht, aber den Kulturlandverlust wird man nicht verhindern. Und schlussendlich man hat offensichtlich, und das zeigt auch das Protokoll der Kommission,

in dem wortwörtlich auch Regierungsrat Dominik Diezi zitiert wird, grosse Angst vor einer Volksabstimmung. Gemäss Protokoll der Kommission ist der Kanton Thurgau und Regierungsrat Dominik Diezi fest entschlossen, sogar Fruchtfolgeflächen zu enteignen, damit der Kanton die Ausgleichsflächen erfüllen kann. Das ist inakzeptabel. Das geht nicht, meine lieben Kolleginnen und Kollegen, das bricht mir das Herz, dass so etwas heute offen kommuniziert wird. Ich prophezeie Ihnes eines, das Volk wird uns helfen, die "Aargauisierung" des Thurgaus zu verhindern, und ich beantrage schon hier, damit wir das Prozedere abkürzen können, auf Eintreten zu verzichten.

Stefan Mühlemann, SVP: Ich versuche, mein Votum unter dem Motto "In der Kürze liegt die Würze" vorzutragen. Wie mein Vorredner darf auch ich mich als Vizegemeindepräsident von Aadorf schon seit Jahren mit dem Thema auseinandersetzen. Bis 2023 war ich bei der Regio Wil im Wirtschaftsportal Wil als Vertreter der Gemeinde und als Unternehmer aktiv mit dabei. Ich durfte auch an den verschiedenen interkantonalen Workshops die SVP Thurgau vertreten. In all den Jahren konnte ich sehen und auch aktiv miterleben, wie das Projekt wuchs und wie die verschiedenen Stimmen und Interessenvertretungen angehört und abgeholt wurden. Ich bin der klaren Meinung, dass wir nun ein Projekt haben, das für unseren Kanton, aber eben auch für die Ostschweiz, ein Vorzeigeprojekt ist und eine grosse Chance für die Zukunft bedeutet. Durch das vor Jahren von den Gemeinden im Hinterthurgau abgegebene Commitment, dass wir in der Region auf eine weitere Entwicklung bei Einzonungen für Gewerbe und Industrie verzichten, wird schon aufgezeigt, dass der politische Wille bei uns im Hinterthurgau klar vorhanden ist, dieses Zukunftsprojekt mitzutragen und auch umzusetzen, auch wenn das teilweise bestritten wird. Der stetig wachsende Verkehr wird, wenn das Projekt nicht umgesetzt wird, nicht weniger werden. Daher ist für mich ein weiterer Pluspunkt, dass es mit dem neuen Autobahnanschluss, der Umlegung bzw. auch neuen Haltestellen des ÖV sowie der Erschliessung von neuen Velowegen positive Auswirkungen und eine Verkehrsentslastung in den Regionen bewirken wird. Setzen wir heute ein Zeichen und senden ein klares Signal. Wir sind mutig und denken an die Zukunft unserer Wirtschaft und Jugend und sagen Ja zum Eintreten und Ja zum Geschäft.

Marc Rüdisüli, Die Mitte/EVP: Dieses Geschäft ist im Hinterthurgau mit vielen Emotionen verbunden, und ich kann das als Sirnacher auch gut nachvollziehen. Schlussendlich geht es um Landwirtschaftsland, es geht um Wachstum, Industrie, Verkehr, Entwicklung, es geht um ein grosses Projekt – ja, ein Generationenprojekt –, es geht um unsere Region. Und die Zukunft unserer Region liegt uns am Herzen. Wir bestimmen heute über den Vorvertrag für den Kauf von zwei Grundstücken und darüber, wie das Land wieder verkauft werden soll. Ich danke der Kommission für die zusätzliche Beschlussesziffer 2.4, diese ist wichtig für die Akzeptanz dieses Gesamtvorhabens. Ich unterstütze klar, dass wir die Chance nutzen, dieses Land zu erwerben, mit dem Ziel, es danach weiterzuver-

wenden für die Entwicklung der Region. Lassen Sie mich einige Worte zur regionalen Entwicklung und zum Projekt WILWEST sagen. Ja, unsere Region wächst, die Wirtschaft boomt, und deshalb habe ich gerade als junge Person das grosse Interesse, dass diese Entwicklung möglichst nachhaltig, zukunftsorientiert und sinnvoll gestaltet wird. Deshalb ist es für mich logisch, dass wir doch dafür sorgen müssen, dass dieses Wachstum möglichst an einem Ort geschieht, konzentriert, nachhaltig, in einem Gesamtkonzept, bei der Autobahn und noch unterstützt durch Bundesgelder. Und ich glaube, genau um das geht es hier im Kern. WILWEST kanalisiert das Wachstum unserer Region und schafft intelligent Raum für Entwicklung und Entlastung der Verkehrssituation. Dieses Projekt ist ein Lösungsansatz gegen die Zersiedelung, wenn 22 Gemeinden auf Neueinzonungen von Bauland für neue Unternehmen zugunsten einer konzentrierten Entwicklung in WILWEST verzichten, um eben Kulturland abseits der Autobahn zu schonen. Das ist doch der richtige Ansatz. Oder ist es besser, wenn alle Gemeinden ihr eigenes Süppchen kochen, unkoordiniert, isoliert, in den Gemeinden, abseits der Autobahn? Ich denke nicht. Nachhaltigkeit wird sehr oft diskutiert, gerade bei den Jungen, es ist zum Teil auch ein Schlagwort, aber selten wird es konkret umgesetzt. Das hier sind einmal konkrete Ansätze und auch Taten. Seit der Ablehnung im Kanton St. Gallen gab es eine starke Optimierung und Verbesserung des Projekts. Viele Anliegen, gerade in Bezug auf die Nachhaltigkeit, wurden aufgenommen. Diese sind mir als junge Person besonders wichtig. Parkplätze sind unterirdisch zu bauen, es werden begrünte Dachflächen angelegt, es gibt einen 15-Minuten-Takt im öffentlichen Verkehr, mehr Grünraum und mehr Wasserflächen, weil wir uns an die Klimaveränderungen anpassen und auch die Biodiversität fördern müssen, ein nachhaltiger Umgang mit dem beschränkten Gut Boden, bessere Ausnutzung und weniger Flächenversiegelung. Zudem macht der Kanton St. Gallen zusätzliche freiwillige Kompensationen von Fruchtfolgeflächen. Das ist ein grosses Entgegenkommen und auch nicht ganz selbstverständlich. Und die Garantie ist, in beiden Richtplänen der Kantone Thurgau und St. Gallen auf Industrieneueinzonungen zu verzichten. Ich sage das hier aber auch klar und deutlich: Das muss bedingungslos und ohne Wenn und Aber eingehalten werden, auch in Zukunft. Dieses Versprechen gilt es vonseiten des Kantons und vor allem von den Gemeinden einzuhalten, es geht hier um Glaubwürdigkeit. Ja, liebe Kolleginnen und Kollegen, wir müssen bei diesem Gesamtvorhaben das grosse Ganze sehen. WILWEST ist kein isoliertes Industrie- und Gewerbeareal, sondern ein Gesamtkonzept für die Region Wil: Lärmentlastung für 16'000 Menschen, Raum für Arbeitsplätze mit dem Anspruch, dass junge Fachkräfte bleiben oder zurückkehren, zusätzliche Wertschöpfung, Entlastung des Verkehrs der Region Wil und der umliegenden Gemeinden. Und wissen Sie, ich stelle mir bei diesem Gesamtvorhaben, gerade als Hinterthurgauer, nachher schon einige Fragen: Geht das wirklich alles auf? Schaffen wir Raum für die richtigen Unternehmen, damit junge Fachkräfte dann auch wirklich in der Region bleiben oder zurückkehren? Werden die Verkehrskonzepte so funktionieren? Es ist einfach auch klar: Nicht alles lässt sich – wie immer bei grossen

Projekten – heute abschliessend beantworten. Es ist eine Güterabwägung, das wurde auch schon gesagt. Aber ich finde, die Vorarbeit ist sehr solide und auf einem hohen Niveau. Und gerade als junger Mensch aus der Region Wil habe ich den Anspruch und auch die Erwartung, dass die Politik gemeinsam mit der Wirtschaft den Mut hat, diese Chance zu nutzen und in dieses nachhaltige Projekt investiert und vorangeht, dass die Politik zusammenhängend denkt und handelt, dass die Gemeinden zusammenarbeiten, koordiniert entwickeln, und dass die Politik das Schlagwort Nachhaltigkeit auch ernst nimmt, denn unser Kulturland ist kostbar. Gleichzeitig wollen wir uns ja auch weiterentwickeln, und WILWEST ist ein intelligenter Ansatz, um das verantwortungsvoll, konzentriert und nachhaltig zu tun. Lassen Sie uns also gemeinsam diese Weichen für die Zukunft unserer Region stellen, treten Sie ein und stimmen Sie diesem Beschluss zu.

Peter Bühler, Die Mitte/EVP: Es war ausserordentlich interessant, all den Voten und Beiträgen von Ihnen vorher zuzuhören. Zuhören können, das war ja in den letzten 365 Tagen meine Hauptaufgabe, heute nicht mehr. Es geht, das hat Fraktionskollege Josef Gemperle perfekt auf den Punkt gebracht, um 30 Hektaren Kulturland – oder Kulturlandverlust – versus wirtschaftliche Entwicklung einer ganzen Region. Es geht aber heute Morgen um ein Grundstücksgeschäft. Wir müssten also dieses selbst dann unbedingt machen, wenn es kein Projekt WILWEST gäbe. Land ist nämlich ein Volkswirtschaftsfaktor, den man – je länger, je weniger – nicht hoch genug werten kann, und wenigstens da scheinen wir uns ja einig zu sein. Ich habe im Februar 2023 eine Einfache Anfrage eingereicht, in der ich neben Fragen zu aufgelaufenen Kosten und Verteilschlüssel wissen wollte, was man von der Wertschöpfung halte und ob es wegen der Investitionen höhere Steuern brauche. Das Gute schon am Anfang: Nein, WILWEST wird für die Thurgauerinnen und Thurgauer zu keiner Steuererhöhung führen. Das wurde mit der damaligen Antwort versichert, Zitat der Regierung: "Eine Steuerfusserhöhung wegen der Realisierung von Wil West ist deshalb ausgeschlossen." Dies ganz im Gegensatz zu sonstigen Projekten, welche wir in den letzten Monaten hier drinnen diskutiert und zum Teil ja auch beschlossen haben. WILWEST kostet – und das ist eine gute Nachricht – die Thurgauer Steuerzahler nichts Zusätzliches. Die noch bessere Nachricht ist aber eine ganz andere, und jetzt komme ich halt doch nochmals zu den 2'000 bis 3'000 Arbeitsplätzen. Josef Gemperle hat gesagt, dass das neue Menschenmassen anziehe und dass es noch mehr Leute gäbe, obwohl wir ohnehin heute schon keinen Platz mehr für all diese Leute hätten. Wenn das wahr wäre, müssten ja alle, die jetzt nach Zürich und St. Gallen und in all die anderen Zentren pendeln, auch dort Wohnsitz nehmen. Das machen sie aber nicht, sie kommen zu uns, und das ist bereits das Wesentliche: Wer zu uns kommt, der soll doch auch bei uns einen Job finden, den er sonst in Wil, Winterthur, St. Gallen, Zürich oder noch weiter annehmen muss, zumindest die Gelegenheit dazu vorfinden. In der damaligen Beantwortung sprach man von 140'000 Franken Wertschöpfung je Arbeitsplatz. 2'000 Arbeitsplätze, geschätzte Damen und Herren, sind 280 Mio. Franken, 3'000

sind schon fast eine halbe Milliarde, nämlich 420 Mio. Franken Wertschöpfung, und das – und das ist jetzt wesentlich – nicht irgendwo in der Welt, nicht in Vietnam, nicht in Mexiko, nein, im Thurgau. Und wenn ich ganz besonders das auch noch betone: bei uns im Hinterthurgau. WILWEST, das mag nicht perfekt sein, aber zusammen mit dem Autobahnanschluss, welcher vom Bund innerhalb des Agglomerationsprogramms eben auch alimentiert wird, ist es eine unglaublich gute Lösung. Ratskollegin Edith Wohlfender hat gesagt, wir seien 20 Jahre zu spät. Ich sage: Nein, es ist nie zu spät. Vor 20 Jahren hätten wir auch die Fehler von vor 20 Jahren gemacht und die wären schlimmer gewesen als all die Verbesserungen, die heute anstehen. Und darum bitte ich Sie alle, nicht nur beim Eintreten, sondern auch bei den übrigen Beschlüssen zuzusagen. Danke für Ihre Aufmerksamkeit.

Regierungsrat Dominik Diezi: Ich bedanke mich für die insgesamt doch positive Aufnahme des Landgeschäftes, das wir Ihnen hier unterbreiten. Ich möchte doch eintretensweise auch noch zwei, drei Dinge sagen und eine gewisse Replik vornehmen auf Gegenargumente, die hier vorgebracht wurden. Es ist jetzt fast drei Jahre her, dass die Stimmbevölkerung des Kantons St. Gallen Nein gesagt hat dazu, dass der Kanton St. Gallen sein Eigentum im Perimeter selbst entwickelt. Ich war da gerade sehr frisch im Amt. Wir haben die Herausforderung angenommen, zusammen mit unseren Partnern im Kanton St. Gallen und der Regio Wil. Wir haben in den vergangenen Jahren sehr viele Gespräche geführt mit den Fraktionen beider Räte, mit ganz verschiedenen Interessensgruppen und mit Gemeinden. Wir haben sehr viele Verbesserungsmassnahmen geprüft. Wir werden, wenn wir denn können, auch verschiedene umsetzen, andere noch vertiefter prüfen und haben auch, in sehr ausführlichen Berichten begründet – man kann das alles nachlesen –, gewisse Massnahmen verworfen. Und ich darf sagen, das Projekt hat aus meiner Sicht nochmals sehr gewonnen. Es ist heute wirklich ein WILWEST 2.0, und insofern hat es sich im Nachhinein gelohnt, dass wir hier nochmals die Chance bekommen haben, aus einem schon guten Projekt nun aus meiner Sicht ein sehr gutes Projekt zu machen. Aus meiner Sicht verdient dieses Projekt WILWEST wirklich den Begriff nachhaltig, und zwar nachhaltig, nicht einfach verstanden im Sinne von möglichst grün, sondern aus der optimalen Schnittmenge aus den Massen Wirtschaft, Ökologie und Gesellschaft. Perfekt ist es nie, aber wir haben uns hier doch weiter stark verbessern können. Ja, was ist denn das Alleinstellungsmerkmal von WILWEST? Es wurde schon erwähnt, aber weil es einfach so wichtig ist, möchte ich es einfach nochmals erwähnen, dass eben wirklich 22 Gemeinden sagen: Wir zonen für Neuansiedlungen nicht mehr selber ein, wir sind einverstanden, dass das der Kanton an einer zentralen Stelle macht, eben im Gebiet Wil West, und mit flankierenden Massnahmen dafür sorgt, dass die negativen Auswirkungen möglichst minimiert werden können. Und das ist nun wirklich kein Ansatz von vorgestern. In der Vergangenheit hat man es eben ganz anders gemacht, da hat jede Gemeinde mehr oder weniger unkoordiniert halt im eigenen Gebiet eingezont.

Nein, hier haben wir einen eigentlichen Paradigmenwechsel. Darum ist aus meiner Sicht WILWEST bezüglich Bodenverbrauch und Zersiedelung nicht das Problem, sondern ein Lösungsansatz. Und das sage nicht einfach nur ich, sondern auch das Bundesamt für Raumentwicklung. Wir sind ja aufgrund dieser Abstimmung im Kanton St. Gallen in Verzug gekommen und haben zeitliche Nachfristen gebraucht. Wir haben die auch problemlos erhalten, weil eben auch aus Sicht des Bundesamtes für Raumentwicklung WILWEST nicht der Gewerbepark 738 ist, wie man es jetzt seit dem Zweiten Weltkrieg gemacht hat, sondern wirklich einen neuen zukunftsweisenden Ansatz verfolgt. Ja, auch WILWEST braucht Boden, aber hier ist einfach die Frage, was ist denn die Alternative? Wir wollen das Wachstum im Bezirk Hinterthurgau in der Region Wil nicht zusätzlich anheizen, das läuft sowieso. Wenn jetzt aber WILWEST scheitert, dann heisst das ja nicht, dass einfach eine Käseglocke über das ganze Gebiet gelegt wird und die Entwicklung nicht mehr weiterläuft – nein, natürlich nicht. Es wird weiter gebaut, insbesondere Wohnungen. Die Leute haben dann einfach vor Ort weniger Arbeitsplätze und pendeln halt nach wie vor irgendwohin, schweremüdet Richtung Westen. Wir werden weiterhin den viel beklagten Braindrain haben, weil wir einfach in der eigenen Region insbesondere wertschöpfungsintensive Arbeitsplätze nicht haben. Wir werden den Druck nachher sehen auf den Kanton, dass eben die 22 Regio-Gemeinden dann selber Arbeitszonen einzonieren können. Ich wage die These, dass am Schluss mehr Boden gebraucht wird. Und sicher wird es mehr motorisierten Individualverkehr geben, weil dann die flankierenden Massnahmen wieder weitgehend Stückwerk bleiben und nie dieses Ergebnis erzielen können, das wir hier erzielen werden. WILWEST ist ja letztlich eben wirklich auch ein Verkehrsentslastungsprogramm. Mit WILWEST wollen wir den Verkehr in der Region Hinterthurgau-Wil um 30 % senken. Wir werden 16'000 Leute vom Lärm entlasten. Es wurde gesagt, dass mehrere Thurgauer Dörfer nachher von massivem Mehrverkehr belastet seien. Nein, unsere Modellrechnungen ergeben das nicht. Wir haben genau zwei Ortschaften, die Mehrverkehr haben werden. Da werden wir mit baulichen Massnahmen dafür sorgen, dass aber auch da keine Mehrbelastung an Lärm eintritt. Man kann sagen, wenn WILWEST umgesetzt wird – da gehören ja insgesamt 50 Massnahmen dazu –, werden lärmässig 16'000 Personen profitieren, und wir sorgen mit baulichen Massnahmen dafür, dass niemand mehr belastet wird. Wir haben ja gesagt, dass wir auch schauen, ob es nicht möglich wäre, im Perimeter Wil West den Anteil des motorisierten Individualverkehrs auf einen Drittel zu bringen. Das ist also für Ostschweizer Verhältnisse wirklich sehr ambitioniert. Was wurde noch vorgebracht? Ich sei wild entschlossen, zu enteignen, um hier den Ausgleich an Ersatzmassnahmen hinzubekommen. Nein, das sind wir natürlich nicht. Wir haben, wie bei allen Projekten, bei denen gewisse Biotope beeinträchtigt sind, die Verpflichtung, für Ersatzmassnahmen zu sorgen. Auch hier haben wir im Perimeter Wil West ein sehr überzeugendes Konzept. Das führt dazu, dass die Behörden, und das sind nicht nur thurgauische, sondern vor allem auch Bundesbehörden, damit einverstanden sind, dass wir zugunsten der Landwirtschaft 115 Aaren we-

niger Flächen brauchen, um diese Ersatzmassnahmen zu machen. Weil es ein stimmiges Gesamtkonzept ist, können wir eben relativ viel auf den Dächern kompensieren. Aber wir werden auch hier eine gewisse Fläche brauchen. Selbstverständlich werden wir uns hier bemühen, das freihändig erwerben zu können. Ich habe lediglich in der Beratung angemerkt, dass natürlich immer, wenn es um ein Projekt von öffentlichem Interesse geht, als letzte Variante dann auch die Enteignung bleibt. Aber das machen wir – alle Baudirektoren – sehr ungern. Selbstverständlich werden wir uns hier zuerst um einen anderen Ansatz bemühen. Dann zu Plan B, Alternativen, wenn WILWEST scheitert, insbesondere in verkehrlicher Hinsicht: Da muss ich sagen, dann haben wir wirklich einen Scherbenhaufen, dann beginnen wir wirklich von vorne. Momentan sind wir also noch nicht daran, diese Alternativen zu planen. Wir wollen jetzt wirklich WILWEST. Das Problem ist ja, wenn WILWEST scheitert, dann ist auch dieser neue Autobahnanschluss weg. Und warum ist der so wichtig für die verkehrliche Entlastung? Ja, wenn wir schon motorisierten Individualverkehr haben, und wir werden den selbstverständlich nicht wegbringen, zumindest nicht ganz, dann haben wir natürlich alles Interesse daran, dass dieser möglichst schnell auf die Autobahn kommt und uns nicht ganze Strassenzüge im Raum Hinterthurgau-Wil unnötigerweise belastet. Und darum haben wir ein Problem, sobald wir diesen Autobahnanschluss nicht realisieren können. Von daher gibt es keinen Plan B. Wir müssen dann schauen, was der Plan C ist. Aber da beginnen wir wirklich nochmals von vorne, das muss man sich einfach bewusst sein, auch hier im Rat: Was ist die Alternative, wenn WILWEST scheitert? Das wird relativ schwierig. Dann noch zur Frage der Volksabstimmung und dass ich da so grosse Angst hätte davor. Meine Damen und Herren, wir haben im Kanton Thurgau eine klare Verfassungsordnung, das Volk hat selbst entschieden, zu was es befragt werden will und zu was nicht. Dieses Geschäft fällt nicht darunter. Der Grosse Rat hat aber die Kompetenz, freiwillig ein Geschäft der Volksabstimmung zu unterbreiten. Aber hierfür braucht es dann wirklich sehr gute Gründe, und aus meiner Sicht gibt es hier eben sehr gute Gründe dagegen. Ich möchte hier einfach erwähnen, dass die Stimmbevölkerung von Münchwilen und Sirnach am 26. Mai bzw. am 31. Mai 2016 befragt wurde und jeweils an der Gemeindeversammlung klar dafür votiert hat, dass diese kantonale Nutzungszone errichtet wird, dass man diesen Antrag an uns stellt. Wir haben diese 22 Regio-Gemeinden, die WILWEST wollen, die Region steht hinter diesem Projekt. Und jetzt appelliere ich einfach an Sie, dass Sie als Grosser Rat die Ihnen von der Verfassung auch zugedachte Verantwortung jetzt aus kantonaler Sicht auch wirklich wahrnehmen. Sie können das bedeutend besser, als wenn wir nachher eine regionalpolitisch anspruchsvolle Volksabstimmung im ganzen Kanton durchführen müssen, bei der wir dann halt auch der Stimmbevölkerung in Arbon, Diessenhofen oder Kreuzlingen näherbringen müssen, warum es jetzt auch in ihrem grossen Interesse ist, wenn wir auf der anderen Seite des Kantons, in Wil, eine Entwicklung ermöglichen. Darum geht es, dass die Region das will, dass wir das aus kantonaler Sicht auch ermöglichen, dass der Grosse Rat jetzt hier seine verfassungsmässig zugedachte Kompetenz

auch wahrnimmt und nicht eine weitere Schlaufe einschaltet, bei der es dann eben insbesondere auch um regionalpolitisch anspruchsvolle Fragen geht. Ich glaube, das wäre einmal für den Moment aus meiner Sicht das Wesentlichste.

Diskussion – **nicht weiter benützt.**

Präsident: Eintreten ist bestritten, wird stimmen darüber ab.

Abstimmung:

Der Rat beschliesst mit 109:9 Stimmen bei 4 Enthaltungen, auf die Vorlage einzutreten.

Detailberatung

Präsident: Wir kommen zur Detailberatung. Wir beraten zuerst die Beschlussesziffern 1, 2 und 4 gemeinsam und werden anschliessend die Beschlussesziffer 3 separat beraten. Ich eröffne somit zuerst das Wort zu den Beschlussesziffern 1, 2 und 4, und somit zum Vorvertrag, Beschlussesziffer 1, zur Ermächtigung der aufgeführten Handlungen des Regierungsrates, Beschlussesziffer 2.1 bis 2.4 und zum Vorbehalt des Kantons St. Gallen, dem Vorvertrag ebenfalls rechtsgültig zuzustimmen, Beschlussesziffer 4. Das Wort hat nochmals zuerst die Kommissionspräsidentin, Kantonsrätin Cornelia Hasler-Roost.

Cornelia Hasler-Roost, FDP: Ich habe noch eine Ergänzung zu der Beschlussesziffer 2.4: Wir haben uns in der Kommission mit der Veräusserung intensiv auseinandergesetzt. Einerseits ist ein marktgerechter und attraktiver Preis erforderlich, um gewünschte Investoren anzuziehen, andererseits besteht die Gefahr, dass die finanziellen Aufwände im Vorfeld – Kauf, Planung, Wiederveräusserung etc. – höher sind als der Verkaufserlös. Trotz aktuell positiver Entwicklung auf dem Baulandmarkt und trotz dieser Aussicht auf einen möglichen Gewinn bei der Veräusserung, hat sich die Kommission einstimmig für die Aufnahme dieses zusätzlichen Absatzes entschieden.

Diskussion – **nicht benützt.**

Präsident: Ich eröffne das Wort zur Beschlussesziffer 3 und somit zum Verpflichtungskredit in der Höhe von 600'000 Franken als Nachtrag zum Budget 2025. Das Wort hat auch hier zuerst die Kommissionspräsidentin, Kantonsrätin Cornelia Hasler-Roost.

Cornelia Hasler-Roost, FDP: Der Nachtragskredit wurde in der Kommission nur am Rand diskutiert. Dieser kommt zum Tragen, wenn es im Kanton St. Gallen keine Urnen-

abstimmung gibt und somit die Arbeiten im Kanton Thurgau schneller als geplant vorangetrieben werden können. Es ist ja Fakt, dass der Kanton St. Gallen mit grösstmöglicher Wahrscheinlichkeit damit rechnet, dass es zu einer Abstimmung kommen wird. Das war auch der Grund, dass das Geschäft im Grossen Rat St. Gallen reibungslos durchging. Falls dem so ist, benötigen wir die 600'000 Franken Nachtragskredit nicht.

Ulrich Graf, SVP: Die SVP-Fraktion lehnt diesen Nachtragskredit mehrheitlich ab. Der politische Prozess, vor allem im Kanton St. Gallen, deutet nicht darauf hin, dass Verkaufsaktivitäten an mögliche Investoren bereits 2025 erfolgen könnten. Nur um die geht es ja bei diesem Kredit. Die regulären Beträge sind ja gesprochen und sind Teil des Budgets 2025. Ich habe geschlossen.

Regierungsrat Dominik Diezi: Ich bitte Sie, diesem Antrag nicht zu folgen und auch diese entsprechende Beschlussesziffer zu unterstützen. Hier scheint irgendwie ein gewisses Missverständnis vorzuliegen. Wir waren eigentlich ursprünglich der Auffassung, dass dieser Betrag Teil des Projektes selber ist und gar nicht separat beantragt werden müsste. Aber wir haben uns dann finanztechnisch überzeugen lassen, dass wir das doch anders machen. Damit habe ich auch kein Problem. Jetzt ist das transparent, wir beantragen das hier. Aber da geht es wirklich um das Geld nachher für die Durchführung dieses Investorenwettbewerbes, dass wir hier das Geld bereits gesprochen haben, wenn dann eben St. Gallen zugestimmt hat, was wir natürlich hoffen, und im Kanton St. Gallen dann grünes Licht besteht. Das, was wir dieses Jahr noch ausgeben müssen an Minimum, weil wir gewisse minimale Arbeiten noch machen müssen, das ist in der Tat Teil des Budgets 2025. Aber hier geht es um Projektkosten, die wir nachher haben, wenn wir weitermachen können.

Aline Indergand, SVP: Gestützt auf § 24 Abs. 2 der Kantonsverfassung **beantrage** ich, die Beschlussesziffern 1 und 2 der Volksabstimmung zu unterstellen. Zur Begründung: Es geht hier um ein immenses Projekt – wir haben es mehrfach gehört –, das für eine richtungsweisende Entwicklung im Raum Münchwilen und Sirmach, aber eben auch rundherum in anliegenden Gemeinden steht. Die Auswirkungen auf die Wirtschaft sind riesig und sehr verlockend, so sollen über 3'000 Arbeitsplätze geschaffen werden. Der damit verbundene Autobahnanschluss ist garantiert, und ein Leuchtturmprojekt kommt damit zur Umsetzung. Doch die Medaille hat immer auch eine Kehrseite. Die Auswirkungen und damit einhergehenden Dimensionen auf die betroffenen Bewohner, die Infrastruktur, die Verkehrsführung und die Natur sind nicht zu unterschätzen. Der Perimeter an betroffenen Bewohnern und Gemeinden ist entsprechend gross. Dazu kommt, dass bis anhin über den Budgetprozess laufend Auslagen für die Planung von WILWEST genehmigt wurden und sich diese über die Jahre auf mindestens 8 Mio. Franken angehäuft haben. Die soeben aufgeführten Auswirkungen liefern genügend Gründe dafür, dass

dieses Geschäft zwingend der Volksabstimmung unterstellt werden muss. Ich muss ehrlich eingestehen, ich kann nicht verstehen, wieso sich die Regierung in ihrem Beschlussesentwurf gegen das Instrument der Volksabstimmung entschieden hat und nicht von sich aus dieses Mittel gegeben hat. Noch weniger verstehe ich, dass sich die Kommission mehrheitlich gegen die Volksabstimmung ausgesprochen hat. Alle sprechen von einem sehr bedeutenden und wegweisenden Projekt WILWEST. Wieso soll das Volk in einer solchen Angelegenheit nicht abschliessend darüber entscheiden können? Die Befürworter haben Angst vor der Antwort und zweifeln an der Urteilsfähigkeit des Volkes. Da besteht kein Zweifel. Aber ich sage Ihnen eines, die Umgehung des Volkes ist immer die schlechtere Wahl und wird irgendwann auf Sie zurückfallen. Denn der Volkssouverän hat immer Recht, also lassen Sie bitte die direkte Demokratie walten. Wenn Sie doch alle so überzeugt sind von diesem Projekt, dann wird es ein Leichtes sein, die Bevölkerung davon zu überzeugen. Es gibt aus meiner Sicht keinen erdenklichen Grund, einen Volksentscheid zu unterbinden. Was das Volk entscheidet, das gilt. Überlassen wir diese Entscheidung also der mächtigsten Instanz. Dementsprechend ist entscheidend: Das Volk darf die Früchte dieses Projektes, aber eben auch die Konsequenzen dafür tragen. Dementsprechend danke ich für die Unterstützung meines Antrages.

Präsident: Ich möchte Ihnen als Vorgehen vorschlagen, dass wir jetzt zuerst über den Antrag von Kantonsrätin Aline Indergand beraten und beschliessen, nachher im Block zur Beschlussesfassung kommen.

David Zimmermann, SVP: Ich fange hinten an. Zuallererst bitte ich Sie darum, den Antrag von Aline Indergand abzulehnen. Wir hier im Grossen Rat haben die Aufgabe, das ist auch gesetzlich vorgegeben und in der Verfassung festgehalten, über solche Projekte und Ausgaben zu entscheiden. Dies ist unsere Aufgabe, und wenn wir hier Angst haben, über einen solchen Entscheid zu befinden, dann muss ich eingestehen, habe ich gewisse Fragezeichen, warum wir dann hier drinnen sitzen. Das ist unsere Aufgabe und darüber haben wir zu befinden. Zum Antrag – ebenfalls aus meiner geschätzten Fraktion – von Ulrich Graf: Entschuldigung, auch dieser Antrag ist abzulehnen. Wenn wir hier im Kanton Thurgau zustimmen und der Kanton St. Gallen dasselbe tut, können wir mit der Arbeit zu diesem – ich möchte fast sagen – Jahrhundertprojekt, um es etwas blumig auszuführen, weitermachen, weiterarbeiten und es vorantreiben. Denn wir – hier oben sitzt die Geschäftsstelle der Regio Wil – haben in den letzten Jahren daran gearbeitet, zusammen mit den beiden Kantonen. Regio Wil sind 22 Gemeinden oder 110'000 Einwohnerinnen und Einwohner in diesem Gebiet, welche ein Commitment getroffen haben, eine Planung und Entwicklung gemeinsam voranzutreiben. Diese Gemeinden stehen dazu, das haben sie in den Unterlagen nachlesen können. Und hier nun die Verantwortung dem Volk direkt zu übergeben, ja, da habe ich Fragezeichen, denn das ist im Endeffekt wieder eine regionale Angelegenheit. Die Gemeinden haben sich dazu entschlos-

sen, und hier müssen und dürfen wir die Grösse haben, darüber zu befinden. 110'000 Einwohnerinnen und Einwohner! Und wenn man sich dann noch vor Augen führt: Wir sprechen hier über wunderbare 3'000 zusätzliche Arbeitsplätze – und von den 110'000 Einwohnerinnen und Einwohnern müssen vielleicht einige nicht mehr nach Zürich oder Winterthur pendeln –, die wir in der Region halten, die wir ansiedeln und somit die Region zusätzlich stärken können. So, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, lehnen Sie diesen Antrag ab, zeigen Sie ein Commitment für die Region, für den Kanton Thurgau. Ich habe geschlossen.

Markus Bürgi, FDP: Ja, dieses Projekt hat eine grosse Auswirkung auf die Bevölkerung im Hinterthurgau, und es betrifft die Bewohner im Hinterthurgau. Diese werden sich nach unserem heutigen Entscheid auch weiterhin äussern können, denn es wird weitere planerische Verfahren geben, bei denen sich die Bevölkerung vor Ort einbringen kann, so muss zum Beispiel die KNZ noch aufgelegt werden. Regierungsrat Dominik Diezi hat es ebenfalls erwähnt, der Auftrag, genau diese KNZ aufzugleisen, kommt vom betroffenen Volk aus den betroffenen Gemeinden. Es findet also kein Ausschluss der Bevölkerung statt, sondern es ist schon viel demokratischer passiert, nämlich die direkt Betroffenen haben sich dazu geäussert, sie sind nicht ausgeschlossen. Und zudem haben sich bereits heute 22 Gemeinden zu diesem Projekt bekannt. Das ist ein sehr deutliches Zeichen, und sie haben dies auch in ihren Ortsplanungen umgesetzt. Ortsplanungen werden im Übrigen auch vom Volk genehmigt. Es gibt einen weiteren wichtigen Grund, weshalb dieser Antrag abzulehnen ist. Dieser Kanton hat eine Ordnung, und er ordnet, wie Entscheide gefällt werden. Die Kantonsverfassung erklärt den Grossen Rat für diesen Beschluss als zuständig. Eine Kompetenzordnung ist kein Wunschkonzert, sondern ein Auftrag, Kompetenzen auch wahrzunehmen. Wer Entscheide, die er zu fällen hat, delegiert, nimmt seine Aufgabe nicht wahr. Entscheiden ist zuweilen eine Last. Das darf aber nicht dazu führen, dass man Entscheide einfach delegiert. Und wem diese Last zu gross ist, der muss sich entsprechend Gedanken machen. Auch wir sind vom Volk gewählt, und wir vertreten seine Interessen. Wir sind nicht gewählt, um Verantwortung zu delegieren. Wir hören von der SVP auch immer wieder gerne das mit dem Rechtsstaat und: "Lassen wir die direkte Demokratie walten." Genau das ist passiert. Unsere Verfassung ist vom Volk erlassen worden, und dieses Volk hat gesagt, dass dieser Beschluss vom Grossen Rat zu fällen sei. Achten wir diese Ordnung und lehnen wir diesen Antrag ab. Die FDP wird dies einstimmig tun, und sie tut das nicht, weil das Volk nicht entscheiden kann, sondern weil das Volk sagt, dass der Grosse Rat diesen Entscheid fällen soll.

Alexander Sigg, GLP: Wie im Eintretensvotum bereits erwähnt, sind wir klar der Meinung, dass bei diesem Geschäft der Grosse Rat seine, durch die Verfassung gegebene Kompetenz wahrnehmen sollte. Ja, Kantonsrätin Aline Indergand, das Volk hat immer recht, so auch, als es dem Grossen Rat mit der Verfassung des Kantons Thurgau die

Kompetenz und den Auftrag gab, über solche Geschäfte abschliessend zu entscheiden. Ich kann Kantonsrätin Aline Indergand insofern beipflichten, dass es sich um ein für die Region sehr wichtiges Geschäft mit positiven Auswirkungen auf die ganze Region handelt. Die Kehrseite der Medaille käme ebenfalls in dieser Region zum Tragen. Alle Auswirkungen von WILWEST kommen zum grossen Teil in der Region Wil, bzw. was den Thurgau betrifft, im Bezirk Münchwilen zum Tragen. Der Bezirk Münchwilen hat aber bei einer Volksabstimmung nur rund einen Fünftel der Stimmen. Bei einer Volksabstimmung würden also vier Fünftel der Stimmbürger über ein Geschäft abstimmen, von welchem sie gar nicht oder nur am Rande betroffen wären. Ein solches regionalpolitisches Geschäft freiwillig der Volksabstimmung zu unterordnen, macht keinen Sinn, ist kontraproduktiv, gefährdet ein einzigartiges, vorbildliches Projekt einer Region und verursacht bestenfalls unnötige Kosten. Dieser Entscheid ist keineswegs ein Entscheid am Volk vorbei, im Gegenteil, er richtet sich nach den verfassungsmässigen Aufgaben und Kompetenzen, welche der Souverän dem Grossen Rat mit der Verfassung erteilt hat. Die einstimmige GLP-Fraktion bittet Sie, den Antrag Indergand abzulehnen.

Karin Bétrisey, GRÜNE: Jetzt fehlt der Antragstellerin nur noch der Cowboyhut, Stiefel mit Sporen und ein Colt um die Hüfte geschnallt, und wir sind wirklich im Wilden Westen angekommen. Es kommt mir jedenfalls so vor, mit diesem Querschuss und diesem Antrag. Wir sind aber nicht im Wilden Westen, es geht um WILWEST. Wir sind alle vom Volk gewählt und stehen in der Verantwortung, uns zum Wohle des Kantons einzusetzen. Seit Jahren sind die beiden Kantone Thurgau und St. Gallen in vorbildlicher Zusammenarbeit daran, ein Gebiet zu entwickeln, das zu einem Arbeitsplatzschwerpunkt werden soll, ein veritables Pionierprojekt der regionalen Raumplanung, das grenzüberschreitend ist im wahrsten Sinne des Wortes und uns den Weg in die Zukunft weisen soll. Bereits wurden Millionen Franken an Planungskosten ausgegeben, wir haben mehrere Male darüber abgestimmt, zuerst über den Eintrag im kantonalen Richtplan vor fast acht Jahren, dann über den Netzbeschluss der neuen Kantonsstrasse. Die Standortgemeinden Münchwilen und Sirnach haben dem Kanton das Hoheitsrecht abgetreten in Abstimmungen an Gemeindeversammlungen, die jeweils fast einstimmig positiv ausgefallen sind, für die Errichtung einer kantonalen Nutzungszone, und wir stehen nun vor dem erfolgreichen Abschluss einer sorgfältigen, ausgewogenen Planung. Jetzt ist es angebracht, allen Beteiligten zu danken: den Regierungsräten beider Kantone, den Projektteams, der Regio Wil, den Eigentümern, die Land zur Verfügung stellen für Kompensationen und Umweltmassnahmen, usw. Zu danken, ohne das Haar in der Suppe zu suchen. Natürlich ist nicht alles perfekt, aber wir dürfen die Gesamtsicht nicht verlieren und den Blick auf das grosse Ganze, schon gar nicht kurz vor dem Ziel. Es wurde optimiert bis zum "Gehtnichtmehr". Jetzt dürfen wir einfach stolz sein auf dieses Werk und dem vorliegenden Landkauf mit gutem Gewissen zustimmen, damit es endlich in die Realisierungsphase kommen kann. Dieser Antrag kommt nicht nur zur Unzeit, sondern würde

wieder zu massiven Verzögerungen führen, und ist zudem auch aus wirtschaftlicher Sicht ein Blödsinn, für die Regio-Gemeinden und jene Firmen und Gewerbebetriebe, die darauf warten, dass es endlich vorwärtsgeht. Heute Morgen in der Thurgauer Zeitung stand: "Ostschweizer Wirtschaft braucht mehr Platz". Wir sind auf der Zielgeraden mit WILWEST und wollen diesen Platz zur Verfügung stellen. Deshalb sagen wir entschieden Nein. Wir GRÜNE danken dem Regierungsrat, dass wir gehört wurden und unsere Anliegen aufgenommen wurden. Wir halten Wort, stehen hinter dem Projekt WILWEST und lehnen den Antrag grossmehrheitlich ab.

Mathias Tschanen, SVP: Ein Leuchtturmprojekt durch die Hintertür ermöglichen: Bereits einen Tag nach der Abstimmung am 22. September 2022 erzählte der Regierungsrat in den Medien, dass es sicher eine Hintertür für das Projekt WILWEST gebe. Mittlerweile hat unser Kanton das Projekt weiterbearbeitet bis zu den aufgelaufenen Kosten von rund 8 Mio. Franken, wohlverstanden ohne Lastenausgleich mit dem Kanton St. Gallen. Die Entwicklung des Standorts WILWEST wird heute als Leuchtturmprojekt präsentiert. Warum möchte man ein Leuchtturmprojekt im Alleingang dem Volksentscheid entziehen? Ja, für mich sind viele Fragen offen. Etwas bestürzt war ich, als man mir in der Kommission sagte, dass das Gewerbe oder auch die einheimische Industrie, wie zum Beispiel Stadler Rail, hier nicht erwünscht seien, und es nur auf dem Sirnacher Perimeter noch etwas Platz für das Gewerbe gebe. An verschiedenen Orten in der Schweiz sind aktuell solche Umnutzungen und Entwicklungen im Gange und überall wird genau auf gemischte Nutzungen gesetzt. Es werden in den Gebieten Leben, Arbeiten und Geniessen kombiniert, reine Büronutzungen sind gesamtschweizerisch schlicht nicht mehr gefragt. Als Beispiel die Entwicklung des Attisholz-Areals in Solothurn. Über 170'000 m² stehen vielfältigen Nutzungen, wie Wohnen, Arbeiten, Gewerbe, Gastronomie, Kultur und Bildung, und allen Bevölkerungsgruppen, mit unterschiedlichen Bedürfnissen, in verschiedenen Lebensphasen offen. Ein anderes Beispiel ist die Entwicklung von Maggi, Kempthal, zu "The Valley", einem der aufregendsten Standorte der Schweiz, einem ungewöhnlichen und doch perfekt passenden, lebendigen Arbeitsumfeld für Start-ups genauso wie für gestandene Unternehmen, ein Zuhause für Innovation und Entwicklung und dabei gleichzeitig ein Zentrum für Freizeit und Unterhaltung, auf einer Fläche von 43'000 m². Ebenfalls das Projekt "Sitter Valley" in St. Gallen: Das Filtrox-Areal auf einer Fläche von 64'000 m² wird zu einem vielfältigen Gewerbe-, Produktions- und Innovationsstandort entwickelt. Und – last but not least – der Wigoltingen Innovation Park (WIP), wo Produktion, Innovation, Büro, Gewerbe und Industrie zusammen vereinbart werden. Ich bin mir sicher, dass aktuell reine Büronutzungen schlicht nicht mehr gefragt sind. So gibt es heute in Zürich grosse Bürohäuser, die seit Jahren leer stehen im Rohbau, wohlverstanden vermietet an grosse Weltkonzerne, wie Google oder andere. Wollen wir genau darum unserem Volk ein Leuchtturmprojekt entziehen? Wollen wir eine hervorragende Fläche unserer gutgehenden Industrie und dem Gewerbe im Thurgau vorenthalten? Und wollen

wir am Schluss alleine die Verantwortung für leerstehende Flächen, wohlverstanden in einem Kanton in wirtschaftlicher Tieflage, im Alleingang, mit unseren Steuermitteln finanzierend, tragen? Ich bin klar der Meinung, dass solche Projekte von der ganzen Bevölkerung getragen und gefördert werden müssen, und zwar über beide Kantone. Nur so können wir mit gutem Gewissen weitere Steuermittel für das Vorantreiben des Leuchtturms WILWEST einbringen. Darum unterstütze ich den Antrag Indergand.

Gabriel Walzthöny, Die Mitte/EVP: Ich möchte kurz auf das vorangegangene Votum von Ratskollege Markus Bürgi eingehen. Ich bin seiner Meinung, wir müssen die Verantwortung wahrnehmen, für das sind wir gewählt. Aber ich bin nicht ganz der Meinung, den Entscheid der Gemeinde Sirnach an einer Gemeindeversammlung 2016 als Legitimation für ein solches Projekt zu sehen. Bei der Abstimmung damals ging es um die Zusammenarbeit zwischen den 22 Gemeinden. Da kann man ja fast nicht dagegen sein, man wusste ja die Auswirkung konkret noch nicht. Und die Auswirkung, die WILWEST nun für unsere Region hat, war damals niemandem bewusst, entsprechend können wir da nicht sagen, man habe es in einer Gemeindeversammlung ja beschlossen. Jede Turnhalle, die gebaut wird, wird an der Urne beschlossen, auch auf Gemeindeebene. Dann möchte ich das Votum von Mathias Tschanen unterstützen, insbesondere den Hinweis auf die mögliche "Planungsleiche", die da vor sich hin rotten könnte. WILWEST wurde bereits vor vielen Jahren, ich glaube vor etwa 15 Jahren geplant, und eine solche Monokultur mit nur Gewerbe ist eigentlich nicht mehr "State-of-the-Art" in der Arealentwicklung, sondern, wie gesagt, Durchmischung. So ein Quartier muss leben, auch noch ein paar Hundert Wohnungen, dann wird das auch für Investoren viel interessanter, und wir laufen nicht das Risiko, dass die Investoren dann fernbleiben und man im Nachhinein die Ausschreibung anpassen muss. Ein weiterer Grund, warum ich den Antrag von Ratskollegin Aline Indergand unterstütze, ist, dass der Kanton St. Gallen die Erschliessung an der Urne abgelehnt hat, und ich finde, wir können einen Volksentscheid nicht übergehen, sondern ihn nur durch einen erneuten Volksentscheid heilen. Besten Dank, wenn Sie den Antrag von Aline Indergand unterstützen.

Roland Wyss, Die Mitte/EVP: Ich spreche für die Mehrheit der Fraktion Die Mitte/EVP. Als Frauenfelder bin ich von WILWEST nur am Rande betroffen, und so geht es auch vielen Weinfelderinnen, Kreuzlingern und Arbonerinnen. Es ist aber unsere Aufgabe, Entwicklungen im ganzen Kanton zu beurteilen und Entscheide zu treffen. Die Berücksichtigung der betroffenen Region hingegen ist durch die 22 Gemeinden, welche sich für das Projekt ausgesprochen haben, gegeben. Und nein, wir haben keine Angst vor einer Volksabstimmung. Diese sollte aber nicht dazu verwendet werden, um regionale Vorhaben mit den Stimmen von Nichtbetroffenen zu verhindern. Und darum geht es doch bei diesem Antrag, denn wir behandeln heute nicht das Projekt WILWEST, sondern den Kauf und Wiederverkauf von zwei Grundstücken. Setzen wir also den Volkswillen um,

denn das Volk hat uns auch deshalb gewählt, damit wir das Grosse und Ganze im Blick behalten und regionale Entscheide im Sinne der kantonalen Entwicklung fällen. Die Fraktion Die Mitte/EVP lehnt den Antrag auf Volksabstimmung mehrheitlich ab.

Paul Koch, SVP: Die positiven und negativen Merkmale haben wir zu Genüge gehört. Ich möchte noch einen neuen Faktor hineinbringen. Kennen Sie Staatsverdrossenheit? Ich denke, alle kennen das. WILWEST könnte auch einen Beitrag dazu leisten. Im Kanton St. Gallen hat ja 2022 das Volk Nein gesagt zur Arealentwicklung WILWEST. Im Anschluss hat dann eben der Kanton Thurgau das Projekt WILWEST weiterentwickelt und geplant, was ja bisher bekanntlich 8 bis 9 Mio. Franken kostete. Mit einem Kaufpreis von über 20 Mio. Franken und viel höheren Gesamtkosten dann für das Projekt ist es kein Kleinkram. WILWEST wird, wenn es realisiert wird, grosse Auswirkungen auf die Region, die umliegenden Dörfer haben, negative und positive, das haben wir gehört. Deshalb soll das Thurgauer Volk über den vorliegenden Beschluss, also die Ziffern 1 bis 2, befinden können. Ich finde, eine Volksabstimmung ist ein Muss. Stimmen Sie dem Antrag von Aline Indergand zu. Ja zur Volksabstimmung, Nein zu Staatsverdrossenheit.

Josef Gemperle, Die Mitte/EVP: Ich möchte auch noch eine neue – erstaunlicherweise eine neue – Sichtweise einbringen, zuerst aber ganz kurz auf einzelne Voten eingehen. Ich habe natürlich mitbekommen, dass die GRÜNEN wirklich alles bekommen haben bei diesem Projekt, aber Ihr müsst auch begreifen, dass wir Bauern nichts bekommen haben. Karin Bétrisey, ich habe wirklich Ihre Danksagung mitbekommen, auch begriffen. Ich hätte mindestens eine Offenlegung erwartet – da Sie ja als Planerin Arbeiten ausgeführt haben, an dem Büro beteiligt sind –, wie gross die Summen sind, die da geflossen sind. Ich habe, Markus Bürgi, Ihre Rücktrittsforderung sicher verstanden, werde sie aber nicht umsetzen, weil ich vom Volk gewählt bin. Noch eine Frage an den Regierungsrat: Es wird immer wieder betont, dass es zur KNZ Zustimmung gegeben habe durch die Volksabstimmungen in Sirnach und Münchwilen: Zustimmung gleich grünes Licht zum Projekt. Ich will vom Regierungsrat wissen, ob das auch finanzielle Folgen für die beiden Gemeinden hatte, wie viele Millionen Franken an Planungskosten mit diesen Abstimmungen vom Kanton eingehandelt wurden, also der Kanton übernommen hat für die Gemeinden. Ich komme jetzt noch zum kurzen Votum. Ich bedanke mich sehr bei Kantonsrätin Aline Indergand für diesen intelligenten Antrag. Ich sage es auch offen: Es ist für mich nicht verständlich, wie seitens unserer Regierung argumentiert wird, dass es keine solche Abstimmung brauche mit der Annahme der neuen Verfassung vor vielen Jahrzehnten – das war ja damals zu Zeiten des Vaters unseres Fraktionskollegen Beda Stähelin, der ja auch der Vater dieser Verfassung war –, dass man hier jetzt sagt, das Volk habe damals dazu Ja gesagt, also auch Ja zu WILWEST. Genau so wurde argumentiert. Wir sprechen hier laut Masterplan – ich komme wieder auf diesen – von einer gesamten Standortentwicklung von 95 Hektaren. Es wird immer wieder vom Generatio-

nenprojekt gesprochen, von Einmaligkeit, von riesigen Investitionssummen, für die man zwar nicht geradestehen müsse, weil sie andere bezahlen. Aber schlussendlich muss es das Volk bezahlen. Das Volk muss es ausbaden, nicht nur die Kosten berappen, sondern – schlimmer noch – auch die Folgen dieses fatalen Projektes tragen mit dieser gigantischen Beanspruchung von Kulturland. Ich habe es schon gesagt, es gibt eine Stadt – innert Kürze – über die ganze Region Hinterthurgau, und das ist "starker Tubak", wenn man wirklich hier sagt, es sei das Haar in der Suppe, man könne das nicht dem Volk zur Abstimmung bringen. Das ist für mich unbegreiflich. Und eben, es ist im Protokoll wirklich so, schauen Sie das an, fordern Sie das Protokoll der Kommission an, dort steht wirklich wortwörtlich, dass man gewillt sei, Bauern zu enteignen, Fruchtfolgeflächen zu enteignen, um – ich sage es jetzt auch plakativ, wie meine Kollegen vorhin – vielleicht Frösche anzusiedeln. Nochmals, es ist absurd, mit der vor mehreren Jahrzehnten abgeänderten Verfassung und den darin beschriebenen Kompetenzen zu argumentieren. Bei der Abstimmung im Jahr 2017 über die Volksinitiative "Ja zu einer intakten Thurgauer Kulturlandschaft" gab es für den Gegenvorschlag des Grossen Rates, mit einer ganz kleinen Änderung der Initiative, eine 80 %-Annahme im Kanton Thurgau. Kanton und Gemeinden sind gemäss § 77 Abs. 2 KV verpflichtet, für die Erhaltung des Nichtsiedlungsgebietes, was im Wesentlichen die landwirtschaftlichen Nutzflächen sind, zu sorgen. Danke, wenn Sie dem Volk die Möglichkeit geben, genau darüber jetzt abzustimmen.

Elisabeth Rickenbach, Die Mitte/EVP: Ich staune: Im Februar 2020 wurde die Diskussion zur Interpellation "Entwicklungsschwerpunkt (ESP) Wil West: ein Leuchtturmprojekt ohne öffentliche Diskussion?" mit 48:48 Stimmen mit Stichentscheid des SVP-Grossratspräsidenten Kurt Baumann gebodigt. Und heute will die SVP oder zumindest Teile davon dieses Geschäft dem Volk vorlegen. Jetzt will man plötzlich Diskussion – aber auch nicht hier. Es geht heute um den Landkauf, und jeder Bauer und jeder Bürger würde zugreifen, wenn er die Möglichkeit dazu hätte. Darum bitte ich, den Antrag Indergand abzulehnen.

Karin Bétrisey, GRÜNE: Ich möchte mich nur sehr kurz zu den Vorwürfen von Ratskollege Josef Gemperle äussern. Sehr gerne nehme ich solche Fragen privat entgegen, aber wenn mir öffentlich unterstellt wird, dass ich in irgendeiner Form profitiere von diesem Projekt, muss ich das entschieden verneinen. Ich war bis November 2017 in einem Büro angestellt, das auch einen kleinen Anteil an Planerarbeiten gemacht hat. Ich war nicht an diesem Geschäft beteiligt. Und ich habe, seit ich in den Grossen Rat eingetreten bin, nicht mehr am Projekt gearbeitet und habe von keiner Seite irgendetwas an Geldbeträgen, oder was immer Sie sich vorstellen, erhalten, um mich für das Projekt einzusetzen. Ich stehe als Raumplanerin dahinter, ich finde, das ist ein zukunftsgerichtetes Projekt.

Regierungsrat Dominik Diezi: Es wurden hier ja noch drei Themen angesprochen. Zum einen: In WILWEST kann man nicht nur Büros realisieren. Wir haben schon einmal eine klare Zweiteilung bei den Perimetern Münchwilen und Sirnach. Sirnach ist der Gewerbebereich. Das ist plus minus, sage ich einmal, halbe halbe. Aber auch in Münchwilen ist Gastronomie sehr erwünscht, Bildung ist möglich. Was aktuell nicht angedacht ist, sind Wohnungen. Wenn wir hier sehen, dass das nicht marktfähig ist – wie es jetzt hier quasi befürchtet wurde –, dann müsste man allenfalls über die Bücher. Ich meine sowieso: Das ganze Projekt hat eine Laufzeit von 30 Jahren. Da wird es vielleicht noch die eine oder andere Herausforderung geben, auf die man eingehen muss, wieder zusammen mit unserem Partner im Kanton St. Gallen, der Regio Wil. Entscheidend ist jetzt, dass wir einmal wissen, wie das Grundkonzept ist – wie gesagt: nachhaltig, optimale Schnittmenge –, und wir einmal starten können. Ich glaube, das ist jetzt einmal wichtig. Wir haben es gehört: Offene Flächen fehlen. Hier haben wir eine, die wir realisieren können, und jetzt sollten wir hier wirklich die Chance auch ergreifen. Ein weiteres Thema war, dass die Bauern nichts bekommen hätten. Das sehe ich natürlich schon ein bisschen anders. Mit WILWEST nehmen wir in diesen 22 Gemeinden den Druck auf Landwirtschaftsland heraus. Das ist einfach einmal eine wichtige Aussage, das ist eben genau das Neue. Dann gehen wir wirklich hin und kompensieren 18 Hektaren an Landwirtschaftsfläche. Wir haben bereits für 14.3 Hektaren Nachfrageverträge in Aussicht gestellt. Die Nachfrage in der Landwirtschaft nach Aufwertung, die ist da. Das sind ja menschlich veränderte Böden – minderwertige –, die nachher zu Hochleistungsböden aufgewertet werden. Die Nachfrage ist da. Dann wird der Kanton St. Gallen freiwillig für 4 Mio. Franken Bodenverbesserungen im Kanton St. Gallen finanzieren – das müssen Sie jetzt also definitiv nicht –, auch das klar für die Landwirtschaft. Zur Kompensation, den Ersatzmassnahmen: In diesem Gesamtkonzept "sparen" wir zugunsten der Landwirtschaft eine gute Hektare Boden, die wir eben gerade nicht für Ersatzmassnahmen brauchen, sondern attestiert wurde, dass das Gesamtkonzept soweit aufgehe. Dann noch das dritte Thema, dass der Kanton St. Gallen ja jetzt Nein gesagt habe. Zuerst einmal die Klärung, zu was die Bevölkerung im Kanton St. Gallen Nein gesagt hat: Sie hat nicht zum Konzept WILWEST Nein gesagt. Sie hat Nein gesagt dazu, dass der Kanton St. Gallen selber als Investor auftritt und dafür 35 Mio. Franken verweigert. Das wird der Kanton St. Gallen jetzt auch nicht tun, dieser Volkswille wird umgesetzt. Und zum anderen eröffnet ja der Kanton St. Gallen jetzt dann die fakultative Referendumsmöglichkeit gegen diese Bodenverbesserungen. Diese 4 Mio. Franken unterstehen dem fakultativen Referendum im Kanton St. Gallen. Wenn dieses ergriffen wird und erfolgreich wäre, hat sich der Kanton St. Gallen verpflichtet, das Land dann nicht dem Kanton Thurgau zu verkaufen. Das Volk im Kanton St. Gallen kann hier, wenn es möchte, selber Stellung nehmen und – wenn es das dann auch möchte – auch negativ. Wir sind ja nicht an Volksentscheide des Kantons St. Gallen gebunden; eigentlich eine Selbstverständlichkeit, aber das kam jetzt vorher da nicht mehr so ganz zum Ausdruck. Und dann noch

das Letzte: die Kosten der Gemeinden. Wenn WILWEST wirklich realisiert werden kann, dann wird es noch gewisse Gemeindeanteile an den Strassen geben, auch das ist alles ausgewiesen. Das weiss insbesondere Münchwilen. Das wird dann zu gegebener Zeit auch wieder zum Thema werden. Aber zuerst müssen wir jetzt überhaupt einmal die Möglichkeit haben, diese KNZ zu errichten und das ganze Projekt überhaupt vorwärtszubringen.

Präsident: Sofern Sie nicht auf eine Beschlusseziffer oder einen anderen Punkt zurückkommen wollen, gehen wir nun zur Beschlussfassung über. Ich bitte um Ihre Aufmerksamkeit, ich werde kurz das Prozedere nochmals erklären. Wir werden zuerst Ihnen vorschlagen, über die Beschlusseziffern 1, 2 und 4 abzustimmen. Unmittelbar danach werden wir den Antrag Indergand bereinigen. Anschliessend werden wir über die Beschlusseziffer 3 beschliessen, und je nachdem, wie der Antrag von Kantonsrätin Aline Indergand zustande kommt, werden wir dann noch über den Beschlussesentwurf im Ganzen abstimmen. Also, im besten Fall gibt es vier Abstimmungen und im schlechtesten Fall drei. Ich hoffe, das Vorgehen ist soweit klar. Ihrem Schweigen entnehme ich Zustimmung.

Beschlussfassung

Abstimmung:

Der Rat stimmt den Beschlusseziffern 1,2 und 4 mit 90:24 Stimmen bei 6 Enthaltungen zu.

Abstimmung:

Der Rat lehnt den Antrag Indergand mit 82:34 Stimmen ab.

Abstimmung:

Der Rat stimmt der Beschlusseziffer 3 mit 83:33 Stimmen zu.

Abstimmung:

Der Rat stimmt dem gesamten Beschlussesentwurf mit 84:29 Stimmen bei 2 Enthaltungen zu.

Präsident: Das Geschäft ist erledigt.